



medmissio

Institut für Gesundheit weltweit
Institute for Global Health



Satzung

in der Fassung vom 25.05.2022

Articles of Association

Version dated 25 May, 2022

Satzung

in der Fassung vom 25.05.2022,
beschlossen von der Vertreterversammlung am 14.07.2022

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei natürlichen Personen die weibliche Schreibweise verwendet. Damit erfolgt keine Festlegung auf das Geschlecht der erwähnten Personen.

§ 1 Name, historischer Bezug, Sitz, Rechtsnatur

- (1) Der Verein führt den Namen:
„MEDMISSIO – Institut für Gesundheit weltweit“.
- (2) Der Verein wurde im Jahr 1922 von missionierenden Ordensgemeinschaften als *„Verein für ärztlichen Dienst in Übersee – Missionsärztliches Institut Würzburg“* gegründet. Überregionale Bekanntheit erlangte der Verein unter dem Namen *„Missionsärztliches Institut“* oder als Akronym MI. Seit seiner Gründung besteht eine enge Anbindung des Vereins an die Katholische Kirche.
- (3) Der Verein hat seinen Sitz in Würzburg.
- (4) Der Verein besitzt die Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein kraft staatlicher Verleihung nach § 22 BGB durch Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 03.11.1931 Nr. 403 b 19.
- (5) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

- (1) Der Verein versteht sich als Instrument und qualifizierte starke Stimme innerhalb der Kirche und darüber hinaus mit dem Ziel, einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Versorgung von Armen und Kranken auf der Welt sowie der Verwirklichung der Anliegen der Globalen und Planetaren Gesundheit zu leisten.
- (2) Der Verein ist dem christlichen Heilungsauftrag verpflichtet. Sein Wirken basiert auf den Prinzipien der christlichen Soziallehre. Seine Organe, Mitglieder und Mitarbeiterinnen richten ihr Handeln an den Grundwerten der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit, der unveräußerlichen Menschenrechte und der Bewahrung der Schöpfung aus. Subsidiarität, Partizipation, Nachhaltigkeit, die Option für die Armen, Wirtschaftlichkeit und Wissenschaftlichkeit sind seine grundlegenden Handlungsprinzipien.
- (3) Der Verein verwirklicht diesen Zweck unter Einhaltung ethischer Richtlinien insbesondere durch personelle, wirtschaftliche und ideelle Unterstützung folgender Handlungsfelder:
 1. der medizinischen Versorgung und Rehabilitation von Kranken;
 2. dem Abbau von Gesundheitsrisiken und der Bekämpfung von Krankheitsursachen;
 3. der Stärkung, Beratung und Begleitung von Partnern in der Gesundheitsarbeit;
 4. der Förderung und Verbreitung von gesundheitsbezogenem Wissen in Dokumentation und Lehre;
 5. der Förderung und Durchführung von gemeinwohlorientierter und sozial verträglicher Forschung zu gesundheitlichen Themen und Fragestellungen;
 6. der öffentlichen Anwaltschaft für die gesundheitsbezogenen Anliegen der Menschen insbesondere in ressourcenschwachen Ländern;
 7. der Mitarbeit im Klinikum Würzburg Mitte gGmbH als christlich orientiertem Krankenhaus und Ausbildungsstätte in Rechtsnachfolgerschaft der Missionsärztlichen Klinik.
 8. der Fürsorge für erkrankte und bedürftige Missionskräfte.
- (4) Der Verein kann zur Erreichung seines satzungsmäßigen Zweckes auch Gesellschaften und Einrichtungen gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen, sofern solche dem Vereinszweck dienen.
- (5) Die Ziel- und Werteorientierung des Vereins zeigt sich auch im Umgang mit Mitarbeitenden, die nicht notwendigerweise Vereinsmitglieder sind. Mitwirkung und Mitbestimmung werden gefördert.

§ 3 Steuerbegünstigte Zwecke

- (1) Der Verein verfolgt mit seinem in § 2 festgelegten Vereinszweck ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und wissenschaftliche Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO) in ihrer jeweils gültigen Fassung. Er verwirklicht hierbei
 - a) die gemeinnützigen Zwecke im Sinne des § 52 AO und der christlichen Soziallehre, insbesondere durch die Förderung des Gesundheitswesens gemäß dem christlichen Heilungsauftrag, durch Betrieb und Unterstützung entsprechender Einrichtungen und Ausbildungsstätten z.B. im Hanna-Decker-Haus Würzburg und im Klinikum Würzburg Mitte gGmbH;
 - b) die mildtätigen Zwecke durch die Unterstützung von Personen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustands auf die Hilfe anderer angewiesen sind, insbesondere erkrankte und bedürftige Missionskräfte;
 - c) die wissenschaftlichen Zwecke durch Förderung von Forschung und Lehre, insbesondere durch die Förderung medizin-soziologischer und tropenmedizinischer Studien z.B. Hanna-Decker-Haus Würzburg und im Klinikum Würzburg Mitte gGmbH.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Vereins nach § 4 dürfen nur für seine satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen und sonstige wirtschaftliche Vorteile begünstigt werden. Die mit einem Ehrenamt betrauten Mitglieder haben lediglich Anspruch auf Ersatz ihrer tatsächlich erfolgten Auslagen und eine Ehrenamtspauschale. Anwendung findet das Ehrenamtsrecht.

§ 4 Mittel des Vereins

Die zur Erfüllung des Vereinszweckes erforderlichen Mittel werden aufgebracht durch:

1. Mitgliedsbeiträge, über deren Höhe und Fälligkeiten die Mitgliederversammlung entscheidet,
2. freie und projektbezogene Spenden,
3. Einnahmen aus der Vermögens- und Immobilienverwaltung,
4. Honorare für erbrachte Leistungen,
5. Zuschüsse und Gelder aus co-finanzierten Projekten,
6. sonstige Zuwendungen an den Verein, sofern daraus keine Verpflichtungen und Bedingungen erwachsen, die den oben genannten Zwecken, Handlungsfeldern und Handlungsprinzipien widersprechen.

§ 5 Mitgliedschaft

- (1) Der Verein hat:
 - a) Mitglieder mit Stimmrecht in der Mitgliederversammlung;
 - b) beratende Mitglieder;
 - c) fördernde Mitglieder.
- (2) Mitglieder des Vereins können natürliche oder juristische Personen sein.
- (3) Mitglieder mit Stimmrecht in der Mitgliederversammlung und fördernde Mitglieder werden vom Verein nach einem schriftlichen Beitrittsantrag aufgenommen. Über die Aufnahme entscheidet vorläufig das Leitungsgremium. Die endgültige Aufnahme von neuen Mitgliedern wird auf der nächstfolgenden Mitgliederversammlung entschieden.
Ein Antrag auf Mitgliedschaft kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht.
- (4) Beratende Mitglieder beraten die geschäftsführenden Organe des Vereins als Mitglieder des Beirates (§ 10). Sie werden nach Vorschlag durch das Leitungsgremium von der Mitgliederversammlung berufen.
- (5) Fördernde Mitglieder unterstützen die Arbeit des Vereins ideell und finanziell. Der Mindestmitgliedsbeitrag wird von der Mitgliederversammlung festgelegt. Fördernde Mitglieder dürfen bei den Mitgliederversammlungen des Vereins zugegen sein und verbale oder schriftliche Beiträge leisten. Sie sind nicht stimmberechtigt.

- (6) Mitarbeiterinnen des Vereins können Mitglieder sein, haben aber für die Dauer ihres Arbeitsverhältnisses kein Stimmrecht. Sie können nicht in den Aufsichtsrat gewählt werden.
- (7) Jede Form der Mitgliedschaft erlischt:
 1. durch schriftliche Austrittserklärung gegenüber dem Leitungsgremium. Der Austritt wird wirksam zum Schluss des Geschäftsjahres;
 2. mit dem Tod eines Mitglieds, bei juristischen Personen durch Verlust der Rechtsfähigkeit;
 3. durch Ausschluss eines Mitgliedes, wenn es vorsätzlich den Interessen des Vereins zuwiderhandelt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn ein schwerwiegender Verstoß gegen die Satzung oder gegen Anordnungen der Vereinsorgane zu verzeichnen ist. Den Antrag auf Ausschluss kann jedes Mitglied stellen. Über eine Annahme oder Ablehnung des Antrages entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (8) Im Fall der Beendigung der Mitgliedschaft scheidet das Mitglied entschädigungslos aus.

§ 6 Organe

Die Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung
2. das Leitungsgremium
3. der Aufsichtsrat
4. der Beirat.

§ 7 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins.
- (2) Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
 1. die Sicherstellung der Verwirklichung der satzungsmäßigen Vereinszwecke und deren zeitgemäße Umsetzung,
 2. die Festlegung der Zahl der Mitglieder des Leitungsgremiums und des Aufsichtsrates für die jeweilige Wahlperiode,
 3. die Wahl der Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden und der restlichen Mitglieder des Leitungsgremiums gemäß § 8 Abs. 1 und deren Abwahl aus wichtigem Grund,

4. die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 9 Abs. 1 und deren Abwahl aus wichtigem Grund,
 5. die Berufung der Mitglieder des Beirates,
 6. die Verabschiedung einer Geschäftsordnung für die Mitgliederversammlung, das Leitungsgremium, die Geschäftsführung, den Beirat und den Aufsichtsrat sowie deren Überprüfung und etwaige Änderungen,
 7. die Entgegennahme und Genehmigung des Jahresberichtes und des Jahresabschlusses,
 8. die Beschlussfassung über den vom Leitungsgremium jährlich rechtzeitig zu erstellenden Haushaltsplan,
 9. die Beauftragung des Aufsichtsrates und die Entgegennahme seines Berichts,
 10. die Beauftragung des Beirates und die Entgegennahme seines Berichtes und seiner Empfehlungen,
 11. die Entlastung des Aufsichtsrates,
 12. die Festsetzung eines Mitgliedsbeitrages,
 13. Beschlüsse zu Satzungsänderungen einschließlich etwaiger Änderungen des Vereinszweckes.
- (3) Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss einberufen werden, wenn wenigstens 1/3 der stimmberechtigten Mitglieder eine solche unter Angabe der Gründe beim Leitungsgremium beantragt.
- (4) Der Termin für die Mitgliederversammlung wird den Teilnahmerechtigten spätestens vier Wochen vorher unter Angabe der Tagesordnung durch die Vorsitzende, im Verhinderungsfall durch die stellvertretende Vorsitzende schriftlich bekannt gegeben. Die Einladung mit Versand der Tagesordnung und der Beschlussvorlagen erfolgt in Textform als einfacher Brief oder über Email.
- (5) Jede Teilnahmerechtigte kann bis spätestens einer Woche vor der Mitgliederversammlung schriftlich bei der Vorsitzenden eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen.
- (6) Die Vorsitzende des Leitungsgremiums, im Verhinderungsfall die stellvertretende Vorsitzende, leitet die Mitgliederversammlung.
- (7) Beschlussfähig ist jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung.
- (8) Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Jedes stimmberechtigte Mitglied kann sich mittels schriftlicher Vollmacht durch ein anderes Mitglied für den Einzelfall vertreten lassen. Mehr als zwei Stimmrechtsübertragungen auf ein anderes Mitglied sind nicht zulässig.

- (9) Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden oder vertretenen Stimmberechtigten gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Beschlüsse über eine Satzungsänderung oder über eine Änderung des Vereinszweckes bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden oder vertretenen Stimmberechtigten.

Beschlüsse über die Auflösung des Vereins erfordern eine Mitgliederversammlung, bei der mindestens 25 % aller stimmberechtigten Mitglieder vertreten sind. Diesbezügliche Beschlüsse bedürfen einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden oder vertretenen Stimmberechtigten.

- (10) Über jede Mitgliederversammlung wird ein Protokoll erstellt, das die Vorsitzende des Leitungsgremiums, im Verhinderungsfall die stellvertretende Vorsitzende, und eine von der Mitgliederversammlung zu bestellende Protokollführerin unterzeichnen.
- (11) Die Vorsitzende des Aufsichtsrates sowie die Sprecherin oder die stellvertretende Sprecherin des Beirates sind zu den Mitgliederversammlungen einzuladen. Sie haben kein Stimmrecht, sofern sie nicht selbst Mitglied des Vereins sind.

§ 8 Leitungsgremium

- (1) Das Leitungsgremium entspricht dem Vorstand des Vereins im Sinne von § 26 BGB.
- (2) Das Leitungsgremium besteht aus mindestens zwei, höchstens fünf Personen, die Mitglieder des Vereins nach § 5 Abs. 2 sein sollen:
- a) der Vorsitzenden und einer Stellvertreterin,
 - b) falls von der Mitgliederversammlung so beschlossen weiteren Mitgliedern.
- (3) Die Mitglieder des Leitungsgremiums werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Nicht wählbar sind Angehörige des Aufsichtsrates. Das Leitungsgremium bleibt nach Ablauf seiner Amtszeit bis zu einer Neuwahl kommissarisch im Amt.
- (4) Dem Leitungsgremium obliegt die Leitung des Vereins und die Führung der laufenden Geschäfte. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind durchzuführen und deren Empfehlungen zu beachten. Es besteht eine Informationspflicht gegenüber dem Aufsichtsrat bei allen Entscheidungen von wirtschaftlicher Bedeutung für den Verein.

- (5) Die Mitgliederversammlung kann ein Mitglied des Leitungsgremiums mit der Geschäftsführung beauftragen oder die vertragliche Anstellung von einer oder mehreren hauptamtlichen Geschäftsführerinnen beschließen.
- (6) Die Vorsitzende oder bei deren Verhinderung ihre Stellvertreterin vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich im Sinn des § 26 BGB.
- (7) Die Vorsitzende oder bei deren Verhinderung die stellvertretende Vorsitzende hat das Leitungsgremium unter Angabe einer Tagesordnung einzuberufen, so oft die Geschäfte es erfordern, oder wenn mindestens ein Leitungsgremiumsmitglied es beantragt.
- (8) Das Leitungsgremium ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder einschließlich der Vorsitzenden oder ihrer Stellvertreterin anwesend sind. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Vorsitzenden.

§ 9 Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei, höchstens fünf Personen, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Nach Möglichkeit sollten Personen mit Kompetenzen in Fragen der Finanzen, der Medizin oder Globalen Gesundheit, des deutschen Rechts, der Entwicklungszusammenarbeit und der weltkirchlichen Arbeit ausgewählt werden. Eine Vereinsmitgliedschaft ist nicht erforderlich. Liegt eine Mitgliedschaft als stimmberechtigtes Mitglied nach § 5 vor, ruht das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung während der Dauer der Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat bei Abstimmungen zu Wahl, Abwahl und Entlastung des Aufsichtsrates. Nicht wählbar sind Mitarbeiterinnen des Vereins, Angehörige des Leitungsgremiums und Gesellschafterinnen.
- (2) Die Vorsitzende des Aufsichtsrates wird in interner Wahl bestimmt.
- (3) Der Aufsichtsrat hat eine Amtszeit von fünf Jahren, zweimalige Wiederwahl der zu wählenden Mitglieder ist möglich. Nach Ablauf der Amtszeit bleiben sie bis zu einer Neuwahl kommissarisch im Amt. Eine Abberufung eines oder aller Mitglieder und der Vorsitzenden ist jederzeit aus wichtigem Grund zulässig.

- (4) Der Aufsichtsrat berät, kontrolliert und entlastet das Leitungsgremium. Der Aufsichtsrat hat insbesondere die nachstehenden Aufgaben:
 - a) Im Innenverhältnis ist seine vorherige Zustimmung zu folgenden Rechtshandlungen und Geschäften erforderlich:
 - 1. Überschreitung von Haushaltsansätzen, die nicht ausdrücklich für deckungsfähig erklärt worden sind;
 - 2. Investitionen und Eingehen von Verpflichtungen, die nicht eine Projektbewilligung oder eine andere Bewilligung betreffen, soweit diese wertmäßig einen in der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Geschäftsordnung festgelegten Betrag übersteigen;
 - 3. Ausschlagung von Erbschaften;
 - 4. Annahme und Abwicklung von Schenkungen und Erbschaften, sofern dadurch eine Verpflichtung übernommen wird, die wertmäßig 10.000,00 Euro übersteigt;
 - 5. Übertragung, Übernahme oder Schließung von Einrichtungen;
 - 6. Verfügungen und Verpflichtungen zu Verfügungen über Gesellschaftsbeteiligungen.
 - b) Der Aufsichtsrat entscheidet über die Auswahl von Rechnungs- oder Wirtschaftsprüfern sowie die dabei zu beachtenden besonderen Schwerpunkte der Prüfung.
 - c) Der Aufsichtsrat kann in allen Angelegenheiten, die der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung unterliegen, beraten. Insbesondere berät er über die Entgegennahme der Geschäfts- und Jahresberichte des Leitungsgremiums und über Satzungsänderungen sowie die Auflösung des Vereins vor deren Einbringung in die Mitgliederversammlung.
 - d) Der Aufsichtsrat hat jeder Zeit das Recht auf Einsichtnahme in die Geschäftsunterlagen.
 - e) Der Aufsichtsrat kann bei begründetem Verdacht eine externe Rechnungsprüfung veranlassen.
- (3) Der Aufsichtsrat tagt bei Bedarf, mindestens aber dreimal im Jahr. Die Vorsitzende des Aufsichtsrates beruft die Sitzung schriftlich mit Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen ein. Die Frist gilt ab Absendedatum des Einberufungsschreibens.

- (4) Die Einberufung einer Sitzung kann von jedem Aufsichtsratsmitglied und von der Vorsitzenden des Leitungsgremiums beantragt werden.
- (5) Beschlüsse des Aufsichtsrates werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden gefasst. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben, so hat die Vorsitzende des Aufsichtsrates mit derselben Tagesordnung innerhalb einer Woche mit einer Ladungsfrist von einer Woche den Aufsichtsrat einzuberufen. In diesem Fall ist die Beschlussfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden gegeben. Darauf ist in der zweiten Einladung hinzuweisen.
- (6) Beschlüsse können in Eilfällen auch im schriftlichen Verfahren, aber dann nur einstimmig gefasst werden.
- (7) An den Sitzungen des Aufsichtsrates nimmt jeweils mindestens ein Mitglied des Leitungsgremiums teil, falls der Aufsichtsrat nicht anders beschließt.

§ 10 Beirat

- (1) Der Beirat besteht aus natürlichen Personen oder Vertreterinnen von dem Verein nahestehenden Vereinen, Werken oder Institutionen, deren Werteorientierung den Zielen des Vereins entsprechen. Im Beirat sollen die MARMICK, die Diözese Würzburg und die Kommission X der Deutschen Bischofskonferenz mit jeweils mindestens einem Sitz vertreten sein.
- (2) Der Beirat wählt aus seinen Reihen eine Sprecherin und eine stellvertretende Sprecherin für die Dauer von drei Jahren. Die Sprecherinnen bleiben bis zur Neuwahl der Sprecherinnen im Amt.
- (3) Der Beirat hat die Aufgabe, das Leitungsgremium und die Mitgliederversammlung in wichtigen Vereinsangelegenheiten zu beraten, insbesondere solchen von strategischer Bedeutung.
- (4) Mindestens zweimal im Jahr soll eine Sitzung des Beirates stattfinden. Der Beirat wird von der Sprecherin des Beirates schriftlich, fernmündlich oder elektronisch mit einer Frist von mindestens vier Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Der Beirat muss einberufen werden, wenn mindestens 1/3 der Beiratsmitglieder die Einberufung schriftlich bei der Sprecherin verlangen.
- (5) Die Sitzungen des Beirates werden von der Sprecherin des Beirates geleitet; ist diese verhindert, leitet die stellvertretende Sprecherin die Sitzung.

- (6) Beschlüsse des Beirates werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden gefasst. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der beratenden Mitglieder anwesend ist. Ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben, so hat die Sprecherin des Beirates mit derselben Tagesordnung innerhalb einer Woche mit einer Ladungsfrist von einer Woche den Beirat einzuberufen. In diesem Fall ist die Beschlussfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden gegeben. Darauf ist in der zweiten Einladung hinzuweisen.
- (7) An den Sitzungen des Beirates nimmt jeweils mindestens ein Mitglied des Leitungsgremiums teil, falls der Beirat nicht anders beschließt. Bei Bedarf können Mitglieder der anderen Organe oder Mitarbeiterinnen des Vereins zu den Sitzungen hinzugezogen werden.
- (8) Alle Mitglieder des Beirates sind berechtigt, an den Mitgliederversammlungen des Vereins aktiv teilzunehmen. Sie haben aber kein Stimmrecht.
- (9) Die Beschlüsse und Empfehlungen des Beirates sind rechtlich nicht bindend. Eine Ablehnung oder Missachtung durch das Leitungsgremium oder die Mitgliederversammlung bedarf aber einer schriftlichen Begründung.

§ 11 Virtuelle oder hybride Sitzungen

- (1) Jedes Vereinsorgan kann seine Versammlung gänzlich virtuell oder als hybride Versammlung unter Nutzung eines nur für die teilnahmeberechtigten Mitglieder zugänglichen virtuellen Raumes unter Einhaltung der Regeln von Datenschutz und Datensicherheit durchführen.
- (2) Wird zu einer virtuellen oder hybriden Versammlung eingeladen, erhalten die teilnahmeberechtigten Personen zu diesem Zwecke in der Einladung neben der Tagesordnung auch die Zugangsdaten zur virtuellen Versammlung. Die Mitglieder verpflichten sich, die Legitimationsdaten keiner Dritten zugänglich zu machen. Die Anmeldung zur virtuellen Online-Versammlung weist die Berechtigte als Teilnehmerin aus.
- (3) Während der virtuellen oder hybriden Versammlung sind Abstimmungen und Wahlen möglich. Die Abstimmungen und Wahlen erfolgen unter Nutzung geeigneter technischer Mittel.
- (4) Die jeweilige Vorsitzende bzw. Sprecherin hat für die technisch einwandfreie Durchführung der virtuellen oder hybriden Versammlung Sorge zu tragen. Die übrigen Vorschriften zur Präsenzversammlung sind zu berücksichtigen.
- (5) Der Verlauf von virtuellen oder hybriden Sitzungen und deren Beschlüsse sind in gleicher Weise wie Präsenzversammlungen zu protokollieren.

§ 12 In-Kraft-Treten der Satzung und Satzungsänderungen

Die Satzung tritt mit Genehmigung der Regierung von Schwaben in Kraft .
Änderungen der Satzung oder des Vereinszwecks sowie die Auflösung des Vereins können nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Es gelten die Regelungen in § 7 Abs. 9. Jede Satzungsänderung ist der Regierung von Schwaben durch Übersendung der geänderten Satzung zur Genehmigung vorzulegen.

§ 13 Vermögensanfall bei Auflösung des Vereins

Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall seiner bisherigen Zwecke fällt das Vereinsvermögen an die DOK Deutsche Ordensoberenkonferenz e.V. Diese hat das Restvermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder wissenschaftliche Zwecke, möglichst im Sinne des Satzungszweckes des Vereins, zu verwenden. Eine andere Verwendung ist unzulässig. Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes ausgeführt werden.



1. Vorsitzender
Professor Dr. August Stich



Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Bernhard Köhler

Articles of Association

Version dated 25 May, 2022,
as per resolution of the General Meeting on 14 July, 2022

Sec. 1 Name, historical Reference, Registered Office, Legal Status

- (1) The Association bears the name: “MEDMISSIO – Institute for Global Health”.
- (2) The Association was founded in 1922 by missionary religious congregations as “*Verein für ärztlichen Dienst in Übersee - Missionsärztliches Institut Würzburg*”. The Association became known under the name “Medical Mission Institute ” or as the acronym MI. Since its foundation, the Association has had close ties to the Catholic Church.
- (3) The Registered Office of the Association is located in Wuerzburg.
- (4) The Association received the legal status of a non-profit organization by Order No. 403 b 19 of 03 November 1931 of the Bavarian Ministry of Home Affairs in accordance with Sec. 22 of the German Civil Code.
- (5) The fiscal year is the calendar year.

Sec. 2 Purpose of the Association

- (1) The Association sees itself as an instrument and qualified strong voice within the Church and beyond with the aim of making a significant contribution to improving the care of the poor and sick in the world as well as the realization of the concerns of Global and Planetary Health.
- (2) The Association is committed to the Christian healing mission. Its work is based on the principles of Christian social teaching. The actions of its organs, members and employees are based on the fundamental values of solidarity, social justice, inherent human rights and the integrity of creation. Subsidiarity, participation, sustainability, the option for the poor, economy and science are its fundamental principles of action.
- (3) The Association realizes this purpose under observance of ethical guidelines in particular by personnel, economic and idealistic support of the following fields of activity:
 1. Medical care and rehabilitation of the sick;
 2. the reduction of health risks and the fight against the causes of illness;
 3. strengthening, advising and accompanying partners in health work;
 4. the promotion and dissemination of health-related knowledge in documentation and teaching;
 5. the promotion and implementation of public welfare-oriented and socially acceptable research on health-related topics and issues;
 6. public advocacy for the health-related concerns of people, especially in resource-poor countries;
 7. the co-sponsorship and cooperation in the Klinikum Würzburg Mitte gGmbH as a Christian-oriented hospital and training center in legal succession to the Medical Mission Hospital.
 8. the necessary care for sick and needy missionaries.
- (4) In order to achieve the purpose of its Articles, the Association may found, acquire or hold shares in companies insofar as such companies further the purpose of the Association.
- (5) The Association’s goal and value orientation is also reflected in its conduct with employees who are not necessarily members of the Association. Participation and co-determination are encouraged.

Sec. 3 Tax-privileged Purposes

- (1) In its purpose as defined in Sec. 2, the Association pursues exclusively and directly non-profit making, charitable and scientific purposes within the scope of the paragraph titled "Tax-privileged Purposes" of the Tax Law. Thus, it puts into effect:
 - a) the non-profit making purposes stipulated in Sec. 52 of the Tax Law by promoting the work of the Catholic Church in the context of its world mission, in particular by promoting health services, by running and supporting appropriate institutions and training centres, e.g. at the Hanna-Decker-Haus and at the Klinikum Wuerzburg Mitte gGmbH;
 - b) the charitable objectives by support of needy persons, who are dependent on assistance by others on account of their physical, mental or spiritual condition, and especially for sick and needy missionary workers;
 - c) The Association also pursues scientific purposes by promoting research and teaching, in particular by promoting socio-medical and tropical medicine studies, for example in the Klinikum Wuerzburg Mitte gGmbH and the Hanna-Decker-Haus, Wuerzburg, Germany.
- (2) The Association is a charitable organization; it does not primarily pursue its own financial purposes.
- (3) The financial resources of the Association as defined in Sec. 4 may only be used in accordance with the Association's Articles. Members of the Association do not receive any remuneration from the funds of the Association.
- (4) No person may profit from expenditure that is not within the purposes of the Association or received as a disproportionately high compensation. Members working on voluntary basis are only entitled to reimbursement of actually arisen expenditures or will receive an honorary flat rate. The law on honorary office is applied.

Sec. 4 Financial resources of the Association

Funds required for the realization of the Association's purposes are provided by:

1. Membership fees. The General Meeting decides on the amount and the due date,
2. free and project-related donations,
3. revenues from capital investments and real estate management,
4. fees for services provided,
5. grants and funds from co-funded projects,
6. other grants to the Association, provided that no obligations and conditions arise from them which contradict the above-mentioned purposes, fields of action and principles of action.

Sec. 5 Membership

- (1) The Association has:
 - a) Members with voting rights in the General Meeting;
 - b) advisory members;
 - c) sponsoring members.
- (2) Members of the Association can be natural or legal persons.
- (3) Members with voting rights in the General Meeting and supporting members are accepted by the Association after a written application for membership. The management body decides on the admission for the time being. The final admission of new members will be decided at the next General Meeting. An application for membership can be rejected without giving reasons. There is no right to admission.
- (4) Advisory members advise the executive bodies of the Association as members of the advisory board (Sec. 10). They are appointed by the General Meeting after being proposed by the Management Body.
- (5) Sponsoring members support the work of the Association ideally and financially. The minimum membership fee is set by the General Meeting. Sponsoring members may attend the General Meetings of the Association and make verbal or written contributions. They are not entitled to vote.
- (6) Employees of the Association may be members, but have no voting rights for the duration of their employment. They cannot be elected to the Supervisory Board.

(7) Each form of membership is terminated by:

1. Written resignation addressed to the management body. The resignation will be effective at the end of a financial year;
2. with the death of a member, in the case of juristic persons by loss of legal capacity;
3. exclusion of a member if he or she intentionally acts against the interests of the Association. This is particularly the case if there is a serious violation of the statutes or against the orders of the organs of the Association. Any member may apply for exclusion. The General Meeting decides on the acceptance or rejection of the application.

(8) In the case of termination of membership, the former member will not receive any compensation.

Sec. 6 Governing Bodies

The governing bodies of the Association are:

1. the General Meeting
2. the Management Body
3. the Supervisory Board
4. the Advisory Board.

Sec. 7 General Meeting

(1) The General Meeting is the highest governing body of the Association.

(2) In particular, the General Meeting has to fulfill the following tasks:

1. to safeguard the realization of the statutory purposes of the Association and the timely implementation of these purposes,
2. to define the number of members of the Management Body and the Supervisory Board for the respective election period,
3. to elect the Chairperson, the deputy Chairperson and the remaining members of the Management Body according to Sec. 8 Section para 1 as well as their dismissal based on reasonable grounds,
4. to elect the members of the Supervisory Board pursuant to Sec. 9 (1) and their dismissal on reasonable grounds,

5. to appoint the members of the Advisory Board,
6. to adopt rules of procedure for the General Meeting, the Management Body, the Board of Directors, the Advisory Board, the Supervisory Board, as well as to review and, if required, to amend the rules of procedure,
7. to accept and approve the annual report and the annual financial statements,
8. to take decision on the budget to be drawn up by the Management Body on an annual basis in a timely manner,
9. to assign the Supervisory Board and to accept the report by the Supervisory Board,
10. to assign the Advisory Board and to accept the report by the Advisory Board and the respective recommendations,
11. to exonerate the Supervisory Board,
12. to determine a membership fee,
13. to adopt resolutions concerning amendments to the Articles of Association including amendments to the purpose of the Association.

(3) A regular General Meeting will take place at least once per year. An extraordinary General Meeting must be convened if at least 1/3 of the members entitled to vote request such a meeting from the Management Body, by stating reasons for this extraordinary meeting to be held.

(4) The date of the General Meeting shall be announced in writing at least four weeks in advance to those entitled to attend and must include the agenda drawn up by the Chairperson or, in the event of the Chairperson being unable to attend, by the Deputy Chairperson. The invitation and the sending of the agenda as well as the draft resolutions will be done in a simple letter in text format or by email.

(5) Any person entitled to participate may request in writing to the Chairperson an addition to the agenda no later than one week before the General Meeting.

(6) The Chairperson of the Management Body or the vice-Chairperson in case he/she is unable to attend shall chair the General Meeting.

(7) Any duly convened General Meeting shall constitute a quorum.

(8) Each member entitled to vote has one vote. Each voting member may ad hoc be represented by another member by means of a written power of attorney. More than two transfers of voting rights to another member are not permitted.

- (9) Decisions of the General Meeting shall be adopted by a simple majority of the votes cast by those entitled to vote who are present or represented. In the event of a tie, a motion shall be regarded as rejected.

Decisions on an amendment to the Articles of Association or on a change in the purpose of the Association require a majority of 2/3 of the present or represented voting members.

Decisions on the dissolution of the Association require a General Meeting at which at least 25% of all voting members have to be present. Decisions in this regard require a majority of 3/4 of the present or represented voting members.

- (10) Minutes shall be taken of each General Meeting and shall be signed by the Chairperson of the Management or, if the Chairperson is unable to do so, the Vice-Chairperson will do so and also by a minute-taker to be appointed by the General Meeting.
- (11) The Chairperson of the Supervisory Board as well as the Speaker or the vice-Speaker of the Advisory Board are to be invited to attend the General Meeting. They are not entitled to vote if they are not a member of the Association.

Sec. 8 Management Body

- (1) The Management Body corresponds with the Board of the Association in accordance with Sec. 26 of the German Civil Code.
- (2) The Management Body shall consist of at least two, at most five persons, who shall be members of the Association according to Sec. 5 para 2:
- a) the Chairperson and a deputy,
 - b) if so decided by the General Meeting, further members shall also be part of the Management Body.
- (3) The members of the Management Body are elected by the General Meeting for a period of four years. Re-election is possible. Members of the Supervisory Board are not eligible for election. After expiry of its term of office, the Management Body shall remain in office on a provisional basis until a new election is held.
- (4) The Management Body is responsible for the management of the Association and the running of the day-to-day business. The decisions of the General Meeting shall be implemented and its recommendations shall be observed. It is mandatory to inform the Supervisory Board of all decisions of economic significance for the Association.

- (5) The General Meeting may appoint a member of the Management Body to manage the business or resolve to contractually employ one or more fulltime Managing Directors.
- (6) The Chairperson or, if prevented from doing so, the deputy shall represent the Association in and out of court in accordance with Sec. 26 of the German Civil Code.
- (7) The Chairperson or, if prevented from doing so, the vice-Chairperson shall convene the Management Body by giving an agenda, as often as business may require or if at least one member of the Management Body requests a meeting.
- (8) The Management Body shall constitute a quorum if at least half of its members, including the Chairperson or the deputy, are present during the meeting. Decisions are passed by simple majority. In the event of a tie, the Chairperson shall have the casting vote.

Sec. 9 Supervisory Board

- (1) The Supervisory Board consists of at least three, at most five persons, who are elected by the General Meeting. If possible, persons with expertise in the financial field, medicine or global health, German law, development cooperation and world church activities should be selected. It is not required to be a member of the Association. If a membership as a voting member is in effect according to Sec. 5, the voting right in the General Meeting is suspended for the duration of the affiliation in the Supervisory Board for votes on election, deselection and discharge of the Supervisory Board. Employees of the Association, members of the Management Body and partners are not eligible for election.
- (2) The Chairperson of the Supervisory Board will be determined in an internal election.
- (3) The Supervisory Board will be in office for five years; the members to be elected may be re-elected twice. After expiry of the term of office, they remain in office on a provisional basis until a new election is held. One or all members and the Chairperson may be dismissed at any time for important reason.

- (4) The Supervisory Board advises, monitors and exonerates the Management Body. In particular, the Supervisory Board carries out the following duties:
- a) Internally, prior consent of the Supervisory Board shall be required for the following legal acts and transactions:
 1. surpassing of budget lines that have not been specifically declared to be coverable;
 2. investments and commitments that do not involve a project grant or any other grant if these grants do exceed an amount specified in the Rules of Procedure adopted by the General Meeting;
 3. disbursement of inheritances;
 4. acceptance and settlement of accessions and inheritances, provided that an obligation is thereby assumed which exceeds 10,000.00 Euros in value;
 5. transfer, takeover or closure of facilities;
 6. decrees and obligations regarding dispositions in company shareholdings.
 - b) The Supervisory Board shall decide on the selection of auditors and on the particular focus of the audit.
 - c) The Supervisory Board may advise on all matters subject to resolution by the General Meeting. The Supervisory Board particularly advises on the acceptance of the annual and business reports of the Management Body and on amendments to the Articles of Association as well as the dissolution of the Association prior to their submission to the General Meeting.
 - d) The Supervisory Board has the right to inspect the business documents at any time.
 - e) On grounds of suspicion, the Supervisory Board may arrange for an external audit.
- (3) The Supervisory Board meets as required, but at least three times a year. The Chairperson of the Supervisory Board shall convene the meeting in writing with an agenda and two weeks' notice. The notice period shall apply from the date of dispatch of the convening letter.

- (4) The convening of a meeting may be requested by any member of the Supervisory Board and by the Chairperson of the Management Board.
- (5) Decisions of the Supervisory Board are adopted by a simple majority of those present. The Supervisory Board constitutes a quorum if at least three members are present. If a quorum is not present, the Chairperson of the Supervisory Board shall convene the Supervisory Board with the same agenda within one week with one week's notice. In this case, a quorum shall be deemed to exist irrespective of the number of members present. This must be pointed out in the second invitation.
- (6) In urgent cases, decisions may also be adopted by written procedure, yet only unanimously.
- (7) Each meeting of the Supervisory Board shall be attended by at least one member of the Management Board, unless the Supervisory Board decides otherwise.

Sec. 10 Advisory Board

- (1) The Advisory Board consists of natural persons or representatives of associations, agencies or institutions close to the Association, that work closely with the Association and whose value orientation correspond with the goals of the Association. MARMICK (Misereor, Adveniat, Renovabis, missio, Caritas international and Kindermissionswerk), the Diocese of Würzburg and Commission X of the German Bishops' Conference should each be represented on the Advisory Board with at least one seat.
- (2) The Advisory Board elects a spokesperson and a deputy spokesperson from its members for a period of three years. The spokespersons remain in office until the election of new spokespersons.
- (3) The Advisory Board has the task of advising the Management Board and the General Meeting on important matters of the Association, in particular those of strategic importance.
- (4) A meeting of the Advisory Board shall be held at least twice a year. The Advisory Board shall be convened by the spokesperson of the Advisory Board in writing, by telephone or electronically with at least four weeks' notice and with notification of the agenda. The Advisory Board must be convened if at least 1/3 of the members of the Advisory Board request a meeting in writing to the spokesperson.

- (5) The meetings of the Advisory Board shall be chaired by the spokesperson of the Advisory Board; if the spokesperson is unable to attend, the meeting shall be chaired by the deputy spokesperson.
- (6) Decisions of the Advisory Board shall be adopted by a simple majority of those present. The Advisory Board has a quorum if at least half of the advisory members are present. If there is no quorum, the spokesperson of the Advisory Board shall convene the Advisory Board with the same agenda within one week with one week's notice. In this case the quorum is given without consideration of the number of those present. This must be pointed out in the second invitation.
- (7) At least one member of Management Board shall attend the meetings of the Advisory Board, unless the Advisory Board decides otherwise. If necessary, members of the other bodies or employees of the Association may be invited to attend the meetings.
- (8) All members of the Advisory Board are entitled to actively participate in the General Meetings of the Association. However, the members of the Advisory Body are not entitled to cast a vote.
- (9) The decisions and recommendations of the Advisory Board are not legally binding. However, a rejection or disregard by the Management Body or the General Meeting requires a written statement of reason.

Sec. 11 Virtual and Hybrid meetings

- (1) Each body of the Association may conduct its meetings entirely on virtual or hybrid basis using a virtual room accessible only to the members entitled to participate and in compliance with the rules of data protection and data security.
- (2) In case of invitations being issued to virtual or hybrid meetings, the persons entitled to attend shall receive the access data for the virtual meeting in addition to the agenda in the invitation. Members are obliged not to disclose this data to third parties. Registration to virtual online meetings shall be considered as the authorization of attendance.
- (3) Voting and elections are possible during virtual or hybrid meetings. Voting and elections shall be held using appropriate technical resources.
- (4) The respective Chairperson or speaker shall safeguard that virtual or hybrid meetings are conducted in a technically flawless manner. All other requirements regarding face-to-face meetings shall be observed.

- (5) The course of virtual or hybrid meetings and respective decisions shall be recorded in the same way as face-to-face meetings.

Sec. 12 Effectiveness Articles of Association and Amendments to Articles of the Association

The Articles of Association take effect upon approval by the Government of Swabia¹. Amendments to the statutes or the purpose of the Association as well as the dissolution of the Association can only be decided by the General Meeting. The regulations in Sec. 7 para 9 shall apply.

Any amendment to the Articles of Association shall be submitted to the Government of Swabia for approval.

Sec. 13 Distribution of Assets in the event of Dissolution of the Association

In the event of the dissolution of the Association or the abandonment of its previous purpose, the assets of the Association will accrue to German conference of missionary congregations. The German conference of missionary congregations must use the remaining assets directly and exclusively for non-profit making, charitable and scientific purposes, as far as possible in accordance with the intentions of the purpose defined in the Articles of Association. Any other use of assets is inadmissible. Decisions concerning a future use of the assets may only be implemented upon agreement by the responsible tax authority.



Chairman
Professor Dr August Stich



Deputy Chairman
Dr Bernhard Köhler

¹ Pursuant to Art. 2 (2) in conjunction with (1) of the Implementation Act to the Civil Code, the Government of Swabia is responsible for approving and amending the articles of association of a business association throughout Bavaria. This responsibility arose in 2002, until then it was the responsibility of the then Bavarian State Ministry of the Interior

medmissio

Geschäftsführung | Chief Executive Officer

Michael Kuhnert

Hermann-Schell-Str. 7

97074 Würzburg

Tel. +49 (0)931 80 48 540

Fax +49 (0)931 80 48 530

gf@medmissio.de

Sekretariat | Secretariat

Tel. +49 (0)931 80 48 539

Fax +49 (0)931 80 48 530

info@medmissio.de

Bankverbindung | Bank account

Deutschland | Germany:

Liga Bank Würzburg

Kto. 300 65 65

BLZ 750 903 00

BIC GENO DE F1 M05

IBAN DE58 7509 0300 0003 0065 65

International:

Commerzbank

IBAN DE 22 7908 0052 0301 1574 00

BIC DRES DE FF 790